

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1861

30.5.1861 (No. 126)

Karlsruher Zeitung.

Donnerstag, 30. Mai.

N. 126.

Vorauszahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 4 fl. 15 fr. und 2 fl. 8 fr.
Einkundungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 5 fr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1861.

Des Frohleichnamstages wegen erscheint morgen kein Blatt der Karlsruher Zeitung.

Amtlicher Theil.

Dienstnachrichten.

Karlsruhe, 29. Mai.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben Sich unter'm 24. d. M. gnädigst bewogen gefunden, den Referendar Eduard Egelhorn von Mannheim, unter Ernennung zum Amtmann, dem Bezirksamt Waldsbut als zweiten Beamten beizugeben;
ferner unter'm 27. d. M. gnädigst geruht, den Hofgerichts-Rath Kothermel zu Bruchsal bis zur Wiederherstellung seiner Gesundheit in den Ruhestand, den Amtsrichter Scheuermann von Emmendingen nach Bonndorf, den Amtsrichter Max Mors von Emmendingen nach Sinsheim, den Oberamtsrichter v. Kottke zu Sinsheim und den Amtsrichter Lang zu Bonndorf nach Emmendingen, den Amtsrichter Staiger von Schwegen nach Buchen, den Amtsrichter Baumstark von Trüben nach Durlach, den Amtsrichter Pfeiffer von Blumenfeld nach Ogenbach zu versetzen;
den Amtsrichter Baumgartner zu Ogenbach dem Sekretariat des Hofgerichts des Seekreises und den Amtsrichter Dill zu Durlach dem Sekretariat des Hofgerichts des Mittelrheinkreises beizugeben;
den Amtmann Ketterer zu Meßkirch zum Amtsrichter in Bühl, den Amtsrichter Springer zu Buchen zum Assessor bei dem Hofgericht des Unterrheinkreises, den Amtsrichter Gerbel zu Bühl zum Assessor bei dem Hofgericht des Mittelrheinkreises, den Auditor Nied zu Kaffatt zum Amtsrichter in Schwegen, den Sekretär Schäfer beim Hofgericht des Mittelrheinkreises zum Amtsrichter in Trüben, den Referendar Ferdinand Hirschhorn von Mannheim zum Amtsrichter in Mosbach, den Referendar Dr. Adrian Dingner von Karlsruhe zum Amtsrichter in Heidelberg, den Referendar Heinrich Schmidt von Graben zum Amtsrichter in Blumenfeld, endlich den Referendar Landolin v. Bittersdorff zum Amtsrichter in Säckingen zu ernennen.

Nicht-Amtlicher Theil.

Die deutsche Frage in Sachsen.

(Schluß.)

Frhr. v. Beust wendet sich im weiteren Verlauf seiner Rede zu der Frage, wie es denn gekommen, daß bei so freundlichen Dispositionen für Bundesreform bisher jeder thatsächliche Erfolg vermißt werde, und findet den hauptsächlichsten Grund in dem verkehrten Programm, das eine große Partei vor 13 Jahren aufgestellt habe und bis auf den heutigen Tag unverändert festhalte, in dem Programm der preussischen Hegemonie, des einseitlich geleiteten Bundesstaates. Dieses Programm habe keine vollständige Ausführung in der Reichsverfassung von 1849 gefunden, und diese Verfassung zeige handgreiflich, daß die Lösung dieses Programms in seinen Konsequenzen notwendig Weise über den Bundesstaat zum Einheitsstaat hinüber führen muß. So habe denn auch 1849 bei der Debatte über die Annahme der Reichsverfassung in der sächsischen Kammer ein Demokrat offen und ehrlich ausgesprochen, es handle sich da nur um das Finis Saxoniae: damit — meint der Minister — sei die Sache beim rechten Namen genannt. „Ich bin überzeugt — ruft er lebhaft aus — daß, wenn ich an dieser Stelle laut und offen bekenne, daß, so lange mir vergönnt ist, an dieser Stelle zu stehen, ich mit dem letzten Athemzug dafür kämpfen werde, daß Sachsen als ein treues, geachtetes und stimmberechtigtes Mitglied des Deutschen Bundes fortbestehen, mir mehr als ein deutsches Herz in Sachsen entgegen schlagen wird.“

Der Hr. Minister hätte seiner Empfindung einen viel weiter greifenden Ausdruck geben können, er hätte getrost sagen dürfen, daß er sich in dieser Ueberzeugung von der Lebensfähigkeit und Erhaltungswürdigkeit der kleineren deutschen Staaten gestützt glaube von der großen Mehrheit der deutschen Nation, ja — von der großen Mehrheit seiner vermeintlichen Gegner. Wenn wir den Debatten der Landtage, der Vereine, der Presse in den letzten Jahren nicht mit völliger Taubheit gefolgt sind, so dürfen wir fast behaupten, daß nirgends die Forderung aufgetaucht ist, es solle das Königreich Sachsen oder ein anderes Königreich oder Herzogthum der deutschen Einheit zu Liebe

verschwinden. Was ein sächsischer Demokrat auf dem Landtag von 1849, dessen politischer Unverstand bekanntlich sprichwörtlich geworden ist, über die Reichsverfassung gesagt hat, das besitzt nicht den mindesten Anspruch darauf, für eine richtige Auslegung jener Verfassung zu gelten. Und selbst angenommen, mit dem Finis Saxoniae sei der wahre Sinn jener Verfassung bezeichnet, wo liegt der Beweis, daß diese Verfassung noch heute das ungeänderte Programm der deutschen Bundesreform sei? Hatsetwa auch jetzt wieder in der Debatte der sächsischen Kammer ein überpanneter Kopf durch maßlose Worte Anlaß geboten zu einer prinzipiellen Mißbeurtheilung dessen, was heute von dem verständigen und entschlossenen Theil der Nation für das Vaterland erstrebt wird?

Nichts Anderes kann der unbefangene Leser der Rede des Frhr. v. Beust annehmen. Wenn er nun aber im „Dresdener Journal“ die gesammte Debatte sorgfältig studirt, so findet er nirgends, auch nicht bei dem einzigen Redner, welcher sich für die Reichsverfassung von 1849 ausspricht, ein Wort, das auf den Wunsch gedeutet werden könnte, das Königreich Sachsen zum Besten der deutschen Einheit zu opfern oder nur zu lähmen. Im Gegentheil sprechen alle Redner die lebendigste Anhänglichkeit an Sachsen, die tiefste Ueberzeugung aus, daß eine fruchtbarere Organisation der deutschen Bundesverfassung dem eigenthümlichen Leben der Einzelstaaten durchaus nicht zu nahe treten werde und dürfe. Es wäre bei dieser Sachlage gewiß zweckmäßig gewesen, wenn der Hr. Staatsminister dargelegt hätte, daß die gefährliche Tendenz, gegen die er so warm sich verwahren zu müssen glaubt, von irgend einem nennenswerthen Bruchtheil des deutschen Volkes verfolgt werde, daß sie in Wahrheit den Neubau des deutschen Staatswesens bedrohe, daß sie mehr sei als das Produkt einer erkösteten und geängstigten Phantasie. Wir glauben Frhr. v. Beust mit voller Zuversicht die Versicherung erteilen zu können, daß, wenn es sich darum handeln sollte, den Bundesstaat gegen den Einheitsstaat zu verteidigen, die lebendige Mannigfaltigkeit unserer deutschen Staatsbildung gegen unformirende Zentralisation zu wahren, daß er dann die ungeheure Mehrheit der Deutschen Einheitsstaat und Zentralisation mit voller Entschiedenheit würde zurückweisen sehen. Was uns wenigstens betrifft, so werden ihm verschiedene Ausführungen dieses Blattes gewiß die Beruhigung gewähren, daß wir seine Ueberzeugung theilen, daß die größeren deutschen Staaten sehr gut fortreiben können mit Aussicht auf Leben, wenn sie einer Bundesgewalt sich unterordnen, an der sie den nach ihrer Bedeutung zu bemessenden Antheil haben.“ Ja wir geben in der Abneigung gegen allen einseitigen Zwang, in der Vorliebe für die ungeschmälerte Erhaltung jeder eigenthümlichen Kultur viel weiter als Frhr. v. Beust. Uns scheint die Zentralisation der Verwaltung, wie sie z. B. in Sachsen herrscht, weit stärker, als wir sie für die selbständigen Glieder des deutschen Bundesstaats empfehlen möchten, und was die Lebenskraft der kleineren Staaten betrifft, so weisen wir auch den etwas präventiven Unterschied zurück zwischen solchen, die über, und solchen, die unter einer Million Einwohner haben. Uns scheint Hesse-Darmstadt mit 800,000 Menschen so berechtigt zu eigenthümlicher Existenz als das Königreich Sachsen mit zwei Millionen, und dieses so sehr, als das doppelte so große Bayern. Derjenige, der die willkürliche Trennung zwischen größeren und kleineren deutschen Staaten macht, zwischen den s. g. Mittel- und Kleinstaaten, der scheint sich uns der logischen Konsequenz zu überliefern, welche nur den Einen Unterschied anerkennt zwischen deutschen Großstaaten und deutschen Kleinstaaten. Denn der Unterschied, welcher den größten der deutschen Mittelstaaten vom kleinsten der deutschen Großstaaten trennt, ist größer, als der Abstand vom größten Mittelstaat zum kleinsten Kleinstaat.

Aber wie sehr wir, und wir meinen mit uns alle verständigen Reformfreunde, durchdrungen sind von der Nothwendigkeit, den Fortbestand der kleineren deutschen Staaten mit erster Konsequenz gegen die Gefahren des Einheitsstaats sicher zu stellen, so wenig können wir die Besorgniß abweisen, daß die Thorheit, die eigensinnige und eingebildete Verblendung der Menschen aus aller Anlage deutscher Natur zum Trotz hinreißt in die Abwege einer zentralisirenden Staatsbildung. Diese Besorgniß, wir brauchen es dem edeln Freiherren nicht zu sagen, erfüllt weit und breit das Gemüth erfahrener Männer; diese Besorgniß hat auch in der Debatte der zweiten sächsischen Kammer über die Bundesreform einen vielsinnigen und vielsagenden Ausdruck gefunden. Wie da alle Freunde des Reformantrags sich entschieden für den Bundesstaat erklärten, so äußerten sie auch Alle die Befürchtung, die Macht der Geschichte würde uns in den Einheitsstaat weisen, wenn uns eine große Krisis erreichte, ehe die bundesstaatliche Organisation durchgedrungen sei gegen den verbündeten Widerspruch eines herrschsüchtigen und egoistischen Particularismus.

Bei dieser Sachlage, sollten wir meinen, könnte es kaum einem Zweifel unterliegen, worin die gegenwärtige Aufgabe deutscher Staatsmänner besteht. Sie besteht gewiß nicht darin, daß sie, während sie dem besonnenen Streben eines ernsten Volkes gegenüber sich mit vermeintlicher „Nüchternheit der Auffassung“ brühen, die wahrhaften Gefahren der Lage leichtsinnig übersehen und den Windmühlkampf gegen

die Gespenster einer unruhigen Phantasie kämpfen. Sie besteht gewiß nicht darin, daß sie in der Lebensfrage unserer Gegenwart und Zukunft alle theoretischen Prämissen der Reform bestens acceptiren, um alle praktischen Konsequenzen desto bequemer ablehnen zu können. Die Zeiten der schlauen Diplomatie sind vorüber; nicht die aalglatte Gewandtheit, sondern die offene Ehrlichkeit und Wahrhaftigkeit, nicht die Kunst, in wohlklingenden Sophismen einen unpatriotischen Eigennutz zu verdecken, sondern die Kunst, dem Vaterland mit ernstem Geschick zu dienen, macht heute den Staatsmann. Wir wissen sehr wohl, wie sich mit großer Virtuosität dem deutschen Gedanken ein Hinderniß nach dem andern bereiten läßt; wir wissen aber auch, daß dieser Gedanke schließlich doch über alle kleinen Künste triumphiren und Diejenigen am empfindlichsten treffen wird, deren Eigensinn die Schuld trägt, wenn er über das bescheidene Maß des Nothwendigsten hinaus getrieben wird.

Nach dem Allem haben wir wohl das Recht, die Erwartung auszusprechen, daß Frhr. v. Beust seiner Ueberzeugung von der Nothwendigkeit einer Umbildung des Bundestags, der Herstellung einer Volksvertretung und der Errichtung einer starken Exekutive nach Maß seiner theoretisch richtigen Ansichten von den Grenzen dieser Exekutive staatsmännischen Nachdruck geben wird, daß er in lebendiger Einsicht von dem unfruchtbaren Sträuben eines „zähen, unproduktiven Particularismus“ sein Programm positiv formulire, daß er sich nicht begnügen wird mit dem Aussprechen des guten Willens, zur Reform mitzuwirken „soviel in seinen Kräften steht“, sondern daß er diesem Willen den des Staatsmannes allein würdigen Ausdruck der schöpferischen That verleihen wird. Der Staatsmann spricht nicht leere Worte. Die Rede des Staatsmannes ist die Ankündigung der That.

Aus einem englischen Blaubeuch.

II.

London, 27. Mai. Das englische Blaubeuch über die Angelegenheiten der Herzogthümer Schleswig und Holstein beginnt mit einem Brief Mr. Paget's an Lord J. Russell, der aus Kopenhagen, 16. Febr. 1860 datirt ist und in einem Inschluß die wohlbekannte Petition der 27 schleswig'schen Abgeordneten an den König von Dänemark um Abstellung der Beschwerden des Herzogthums und um dessen Vereinigung mit Holstein enthält. Um dieselbe Zeit (Ende Februar und Anfang März) erhält Lord J. Russell von Sir A. Mallet aus Frankfurt a. M. die dem Bundestage vorgelegten Anschlußberichte über die Lage von Holstein-Lauenburg, sowie den Protest des dänischen Geschäftsträgers, Hr. v. Bülow, dagegen. — Hr. Howard in Hannover meldet am 24. Febr., daß er einen Ausflug nach Oldenburg benützt hat, um Hr. v. Rösting zu größter Mäßigung in der holsteinischen Frage zu ermahnen, daß er aber die Antwort erhielt, der Großherzog sei ein holsteinischer Prinz, dem die Sache nahe gehe, und keine fremde Macht habe einen Vorwand, drein zu reden, so lange Deutschland sich bloß der Bundeslande Holstein und Lauenburg annehme. — Am 14. März erhält Lord John von Sir A. Mallet eine Ueberzeugung der am 18. Febr. gefaßten Bundestags-Resolutionen. — Am 14. März schreibt Mr. Paget aus Kopenhagen, daß die dänische Regierung ihren Verfassungsentwurf wahrscheinlich vorerst den nichtdeutschen Großmächten mittheilen werde, um ihre Unterstützung zu gewinnen. — Inzwischen erhält Lord John Russell auch vom dänischen Gesandten in London, Hr. Tarben Bille, den erwähnten Protest des Hr. v. Bülow.

Am 27. März schreibt Mr. Paget aus Kopenhagen, daß außer der Adresse der 27 Schleswiger auch andere Petitionen ähnlicher Tendenz von der Majorität des Landtags angenommen worden seien. In einer Unterredung mit Mr. Hall habe er denselben gefragt, ob die dänische Regierung dem König empfehlen werde, die Wünsche der Majorität in geneigte Erwägung zu ziehen. Mr. Hall gab keine direkte Antwort auf diese Frage, sondern sprach von den Schwierigkeiten, mit denen die dänische Regierung in Schleswig überhaupt zu kämpfen habe. Die Majorität des schleswig'schen Landtags vertrete nicht die Gesinnungen des Herzogthums; so lang das jetzige Wahlgesetz gelte, müsse diese Majorität nothwendig aus Abgeordneten des Adels und der Geistlichkeit, die durch die Bank zur deutschen Partei gehörten, bestehen. Der Landtag sei auf 6 Jahre gewählt, und die Regierung habe keine Macht, ihn aufzulösen. Außerdem wisse man aus Erfahrung, daß die deutsche Partei durch kein Zugeständniß gewonnen werden könne, welches nicht den status ante 1848 wieder herstelle; sie werde keiner dänischen Maßregel beistimmen, die nicht die Tendenz hat, den Schleswig-Holsteinismus einzuführen. „Welchen Werth diese Behauptung (Hall's) haben möge — bemerkt Mr. Paget hierzu — so ist es doch unmöglich, die Wirklichkeit mancher Thatsachen, über die man sich in Schleswig beklagt, in Abrede zu stellen.“ — Hierauf antwortet Lord J. Russell am 11. April in wenigen, aber entschiedenen Zeilen, daß Mr. Paget Hr. Hall bemerklich machen solle, daß Ihrer Majestät Regierung die Beendigung dieses immer bitterer werdenden Streites ernstlich verlange. Die dänische Regierung solle doch Etwas thun, um die deutschen Mächte zu

versöhnen. Eine liberale und besondere Verfassung für Schleswig würde diesem Zweck entsprechen. Wenn das dänische Kabinett einen freundlichen, „Alles, was es versprochen hat, erfüllenden“ Vorschlag machte, so könnte England denselben mit einiger Aussicht auf Erfolg dem Landtag empfehlen.

Am 28. April berichtet Lord Bloomfield aus Berlin, daß im preussischen Abgeordnetenhaus, „der einzigen volksthümlichen Versammlung in Deutschland, die diesen Namen verdiene“, eine höchst wichtige Debatte über die von Dänemark im Jahr 1851 und 1852 in Bezug auf Schleswig gemachten Versprechungen bevorstehe. Da Schleswig nicht zum Bunde gehöre, so hätten die Zusagen Dänemarks, wie wohl sie eben so klar und bindend seien, wie die den deutschen Herzogthümern gegebenen, den Charakter eines internationalen Kompaktes angenommen. Er fährt dann fort:

Indem es wahrscheinlich auf dieses Faktum, sowie auf die sprichwörtliche Unfähigkeit des Deutschen Bundes, eine eigene aktive auswärtige Politik zu betreiben, rechnet und dabei auf die Sympathien baut, die ihm in früheren Phasen dieses Kampfes von Seite der andern europäischen Mächte zu Theil geworden sind, hat das dänische Kabinett sich wenig Mühe genommen, auch nur den Schein einer Erfüllung seiner Verbindlichkeiten zu wahren, und es ist leider eine weithinbekannte Thatsache, daß keine der Deutschland gegebenen Zusagen, die deutsche Nationalität in Schleswig zu respektiren, die beiden Racen dieses Herzogthums auf den Fuß der Gleichheit zu stellen und alle Bande nichtpolitischer Natur, welche das Herzogthum mit Dänemark verknüpfen, unverfehrt zu lassen, von Dänemark respektirt worden sind. Der patriotische Geist, der den Kampf der dänischen Monarchie gegen den Bund im Jahr 1848 ohne Zweifel kennzeichnete, hat, wie dies nur zu allgemein der Fall ist, wo verschiedene Racen in erwungene politische Verbindung kommen, seit dem Frieden sich als systematische Feindseligkeit gegen das deutsche Element in Schleswig offenbart — einem Herzogthum, das nach der Anschauung der in Kopenhagen herrschenden politischen Partei ein dänisches Kronland (dependency) ist oder wenigstens mit der Zeit werden muß — und die Energie und Leidenschaft, die, als sie einem übermächtigen Gegner die Spitze bieten, abgesehen von der politischen Seite der Frage, Bewunderung und Theilnahme erwecken mußten, sind, seit sie sich gegen eine schwache und verhältnismäßig wehrlose Minorität richten, in eine Verfolgungslust ausgeartet, für welche das dänische Kabinett kaum jene Sympathie Europa's beanspruchen kann, die ihm früher zu Theil geworden ist. Diese Verfolgungslust, die seit dem Zusammentritt der schleswigischen Stände in Glöckburg eine heftigere Form angenommen hat, erregt in ganz Deutschland eine lebhaftere Gerechtigkeit gegen das dänische Kabinett u. s. w.

Am 24. April meldet Mr. Paget aus Kopenhagen, daß er am 14. per Kurier die oben erwähnten Zeilen Lord Russell's vom 11. April erhalten und keine Zeit verloren habe, sich zu Herrn Hall zu begeben. „Da — fährt er fort — der Deutsche Bund gegenwärtig nicht kraft eines positiven Rechtes, wie in Holstein und Lauenburg, sich in die Angelegenheiten Schleswigs mischen kann, so hielt ich es für besser, die Vorstellungen, die ich Herrn Hall machte, lediglich auf die Rücksichten der Zweckmäßigkeit und guten Politik zu gründen. Ich bedaure jedoch, sagen zu müssen, daß ich von Sr. Excell. über den fraglichen Punkt kein Zugeständniß zu erlangen vermochte. Alles, was ich von ihm erlangen konnte, war die Versicherung, daß die dänische Regierung, im Fall die holsteinischen Stände auf die ihnen zu machenden Vorschläge eingehen sollten, dann auch die Zustände Schleswigs in Erwägung ziehen würde, um etwaigen wirklichen Uebeln abzuhelfen.“ Zugleich theilt das Blaue Buch den Auszug aus einer beigefügten Depesche mit, worin Mr. Paget die Vorschläge, dem Herzogthum die legislative und administrative Unabhängigkeit gewährt, die im königl. Patent von 1852 in Bezug auf die Nationalitäten gemachten Versprechungen praktisch erfüllend. In den gemischten Bezirken soll die Bevölkerung durch Abstammung entscheiden, in welcher Sprache der Schulunterricht erteilt und der Gottesdienst abgehalten werden soll. Um die dänische Regierung zur Annahme dieser Aenderungen zu bewegen und dem oftmaligen Einwurf Mr. Hall's, daß der Landtag nicht die wahren Gesinnungen des Volkes vertritt, zu begegnen, schlug ich ein neues Wahlgesetz und die Einberufung eines neuen Landtags vor. 2) Arrangements für die Gesamtmonarchie, um den Streitigkeiten mit Deutschland ein Ende zu machen. Jeder Theil der Monarchie soll von jedem andern gesondert und unabhängig erklärt werden. (So würde der von der dänischen Regierung so sehr gefürchteten Wiederherstellung der Einheit zwischen Schleswig und Holstein vorgebeugt.) Die der Gesamtmonarchie gemeinsamen Angelegenheiten sollten auf das geringste Maß beschränkt werden. Wenn es möglich wäre, sie auf Armee, Flotte, Zivilliste und Diplomatie einzuschränken, so sollte der Beitrag eines jeden Theils nach einer Berechnung dessen, was er jetzt zahlt, ein für allemal festgestellt werden. Wenn außerordentliche Kredite nöthig sind, sollte eine aus den verschiedenen Provinziallandtagen zu wählende Kommission in Kopenhagen zusammenkommen, um die notwendigen Gesetze zu erörtern und zu votiren. — Hr. Hall — fährt Mr. Paget fort — hörte aufmerksam zu, während ich ihm diese Pläne entwickelte, machte mir aber keine Hoffnung, daß er sie annehmen wird.

** Zur Orientirung in der nordamerikanischen Frage.

(Schluß.)

Abgesehen von allen politischen streitigen Punkten, ist es nicht zu verkennen, daß sich im Lauf der Zeit ein Antagonismus zwischen Norden und Süden herausgebildet hat, dessen Ursprung allein in dem verschiedenen Charakter der beiden Bevölkerungen zu suchen ist, wie er durch Verschiedenheit der Abstammung, der klimatischen, industriellen und gesellschaftlichen Verhältnisse, der Lebensweise, Nahrung und Erziehung bedingt wird. Eine unbestimmte Eifersucht und gelinde gegenseitige Verachtung bestand schon, ehe noch der Unabhängigkeitskrieg geführt wurde, und trat wieder hervor, als sich der Enthusiasmus für die neue Unions-Republik ab-

zufühlen begann. Hielt sich der Südländer für ritterlicher und befähigter zum Regieren und Selbstregieren, so that sich der „Nanke“ nicht weniger zugut auf seine höhere Kultur und Gestalt. Bei weiterer Entwicklung traten die gegenseitigen Vorurtheile und die thatsächlichen eigenthümlichen Fehler und Vorzüge der beiden Theile immer schroffer hervor; es bildete sich ein spezifisch südlicher und ein spezifisch nördlicher Patriotismus aus. Der faktische Unterschied zwischen dem Charakter des Nordländers und dem des Südländers ist bereits kaum geringer, als zwischen zwei beliebigen Nationen des zivilisirten Europa's; wären Engländer und Franzosen durch gemeinsame Sprache und eine gemeinsame Regierung verbunden, so könnten ihre natürlichen Neigungen und Sympathien kaum mehr auseinanderlaufen, als es bei einem großen Theil der Bewohner der Union seit Jahren der Fall war.

Blicken wir nun auf den gegenwärtigen gefährlichen Zustand des amerikanischen Volkes, so sehen wir, daß alle hauptsächlichsten Ursachen, durch welche die Bürger der Republik zu verschiedenen Zeiten in Parteien gesondert wurden, jetzt gleichzeitig im Spiele sind und sich vereinigen, um den fürchterlichsten Konflikt hervorzurufen. Durch den Gang der Ereignisse ist Mason's und Dixon's Linie zur Scheidelinie der ganzen Reihe feindlicher Prinzipien, Anschauungen, Interessen und Gefühle geworden, welche bisher vereinzelt um die Obermacht in der Politik des Landes gerungen. Alle früheren Parteikämpfe verschwinden vor der Größe dieser Kombination. Der Norden und der Süden stehen sich gerüstet gegenüber, nicht um diese oder jene Differenz auszugleichen, sondern indem sie augenblicklich fast alle politischen Gegensätze repräsentiren, welche sich sonst innerhalb der verschiedenen Staaten geltend gemacht hatten. Alle alten Streitfragen hängen scheinbar ihrer Entscheidung durch einen riesigen sektionellen Kampf, die Mannichfaltigkeit der sich kreuzenden Parteirichtungen ist auf zwei gewaltige Schlagordnungen reduziert.

Im Süden haben die demokratischen Bestrebungen der Staatsrechtler ihre Konsequenz und praktische Verhätigung in der Secessionslehre gefunden. Das Recht jedes Staates, die der Bundesgewalt anvertrauten Vollmachten zurückzunehmen und sich für unabhängig zu erklären, sobald es das Interesse seiner Bürger zu erheischen scheint, ist dort zu einem Hauptartikel in politischen Rathschismus erhoben worden. Es ist um dieses Recht zu vindiciren, mehr als aus Befürchtung abolitionistischer Umtriebe von Seiten der Zentralregierung, daß die meisten südlichen Grenzstaaten sich an die ursprünglichen sieben revolutionären Staaten angeschlossen haben und mit den Waffen in der Hand der Autorität des Bundes Trost bieten. Im Norden ist umgekehrt die zur Herrschaft gelangte republikanische Partei, von welcher die andern Parteien vorläufig so ziemlich abjorbt sind, von Anbeginn zu Gunsten einer möglichst starken Zentralgewalt und der unbedingten Unterordnung der staatlichen Souveränität unter die nationale Regierung gewesen. Die Ueberzeugung, daß die Verfassung dem Kongreß und namentlich dem Präsidenten kaum mit genügenden Befugnissen ausgerüstet, um in schwierigen Fällen die Integrität des Bundesbestandes zu wahren, scheint augenblicklich im Norden vorwaltend, und es erhebt sich deshalb wenig oder gar keine Opposition gegen die militärischen Maßregeln der Regierung, welche, genau genommen, nicht in strenger Uebereinstimmung mit den ihr von der Verfassung gezogenen Grenzen stehen. Das Recht der Bundesregierung, einen secedirten Staat ohne viele Umschweife zurückzuerobern, mag es nun in dem Buchstaben des Gesetzes enthalten sein oder nicht, wird jetzt von den meisten politischen Führern des Nordens für dieselbe in Anspruch genommen.

Etwas weniger Einmüthigkeit herrscht im Norden in Bezug auf die Tariffrage. Doch die Promptheit, mit welcher die Vertreter der „republikanischen“ Partei im Kongreß den Morrill'schen Schutzzoll-Tarif passirten, sobald ihnen der Austritt südlicher Mitglieder die Macht dazu gab, und der Umstand, daß dieses Gesetz durch einen nördlichen, „demokratischen“ Präsidenten seine Bestätigung erhielt, läßt es als einen Ausdruck der im Norden vorwaltenden Politik erscheinen. Nicht prinzipielle Einwürfe, höchstens Zweckmäßigkeitsgründe können den Widerruf eines Gesetzes veranlassen, welches die Förderung bestimmter Industriezweige im Auge hat und verschiedenen einheimischen Fabrikanten ein reiches Feld eröffnen soll. Der Süden hat, in seiner neu entworfenen Konstitution, einen nach europäischen Begriffen ungleich liberaleren Tarif angenommen und würde, wenn man ihn gewähren ließe, vermuthlich binnen kurzem absoluten Freihandel proklamiren, da dies das ausgesprochene Ideal aller südlichen Staatsmänner ist.

Die Sklavereifrage, welche schon so lange eine unauslöschliche Linie durch das Land gezogen, und schließlich die nächste und unmittelbarste Veranlassung zu dem jetzigen Bruch gab, hat jetzt ganz und gar eine sektionelle Bedeutung gewonnen. Wie immer in Zeiten revolutionärer Aufregung, drängt sich der Strom der öffentlichen Meinung den entschiedensten und weitgehendsten Ansichten zu. In beiden Sektionen hat nach entgegengesetzten Richtungen hin eine Steigerung der Parteidenden in Bezug auf die Negersfrage stattgefunden. Im Norden verhalten sich die „Demokraten“, die ehemaligen Freunde der Sklavenhalter — soweit sie sich neuerdings an die „Republikaner“ angeschlossen haben und nicht bloß verhedert auf eine günstige Gelegenheit zum Widerstande gegen die Regierung lauern — jetzt gleichgiltig gegen das „eigenthümliche Institut“; die sogenannten konservativen Republikaner sind zu radikalen geworden, und die „radikalen Republikaner“ haben sich zum Garrison'schen Abolitionismus bekehrt. John Brown, dessen tollkühne Invasion Virginien's mit 25 Mann von der republikanischen Partei desavouirt wurde, ist jetzt wieder zu Ehren gekommen. Der Norden wird, namentlich wenn seine Invasionsstruppen viel durch das südliche Klima u. s. w. leiden sollten, und wenn er überhaupt einen energischen Krieg führen will, sich wohl der Anführung von Sklavenaufständen als Hilfsmittel bedienen müssen.

Um so stärker prägt sich der Gegensatz im Süden aus. Haß gegen jede Form des Abolitionismus ist dort zu einer der ersten Bürgerpflichten geworden. Die Lehre von der abso-

luten Berechtigung und Zweckmäßigkeit der Sklaverei wird kaum mehr in Frage gestellt. Die am weitesten entwickelte Pro-Sklaverei-Doktrin: daß eine in Dienbarkeit gehaltene untergeordnete Race die beste und sicherste Basis für die fortschreitende Zivilisation eines freien (kaukasischen) Gemeinwesens sei — ist das offene Glaubensbekenntniß der Staatsmänner zu Montgomery und gewinnt im Süden immer mehr an Popularität. Das Antafsen ihres Institutes erscheint ihnen demnach als ein Verbrechen gegen die „Zivilisation“.

So stehen sich jetzt diese beiden „Nationen“ innerhalb der amerikanischen Nation gegenüber. Welch ein Resultat dieser großartige Konflikt haben wird, ist nicht abzusehen. Ob die Union erhalten werden kann, hängt vielleicht weniger von dem Waffenglück der einen oder andern Seite ab, als davon, ob die Leiden, Prüfungen und Schrecken des Krieges und die nationalen Noththeile, welche nach außen hin daraus erwachsen, einen Umschwung in der öffentlichen Meinung hervorbringen und beide Theile nachgiebiger und versöhnlicher stimmen. Es gibt freilich Leute genug, welche glauben, daß der praktische und berechnende Sinn der Amerikaner es nicht zum Aeußersten kommen lassen, sondern nach einigen verfußweisen Kämpfen eine schnelle friedliche Entscheidung treffen wird.

Man darf indeß ein sehr wichtiges Element nicht übersehen, das den Ausbruch des Krieges ohne Zweifel befördert und beschleunigt hat und seine rasche Beendigung leicht verhindern dürfte. Dies sind die Massen einer überfülligen, unzufriedenen, veränderungs-süchtigen und kampfbereiten Bevölkerung, welche überhandzunehmen begann und für welchen einen Abzugskanal zu eröffnen, einem Theil der besitzenden Klassen gerathen erscheinen mochte. Im Süden sind es die für gewöhnliche und regelmäßige Arbeit zu stolzen, abenteuerlustigen, mit dem Gebrauch von Waffen von Jugend auf vertrauten Massen der „armen Weißen“, die zwar nie eigentliche Noth leiden, aber sich nicht wohl in ihrer Lage fühlen, die im Kriege Alles zu gewinnen und Nichts zu verlieren haben und denen ein rücksichtsloser, desperater Muth nicht abzusprechen ist; es ist die Klasse, aus welcher das amerikanische „Hilfsheer“ entspringen ist. Im Norden ist es vorwiegend das Arbeiterproletariat, welches berücksichtigt werden muß; die Klasse, welche durch jede größere Schwankung im Geschäftsleben halb oder ganz brotlos wird, welche, durch Noth erbittert, im Kapital ihren Gegner sieht und sich in ihren menschlichen Rechten gekränkt glaubt. Haben auch hier die sozialistischen und kommunistischen Lehren noch nicht so um sich gegriffen, wie stellenweise in Europa, so hat es sich doch bei Gelegenheit verschiedener Arbeiterbewegungen — namentlich in New-England — bedenklicher Weise herausgestellt, daß der fruchtbarste Boden dafür existirt. In einer Republik hat der Besitz nur eine schwache Schutzwehr, sobald die politische Agitation sich direkt gegen seine Interessen richten sollte. In dem Kriege gegen den Süden sieht der nördliche Arbeiterproletarier einen Krieg gegen eine Aristokratie des Besitzes. Es sind selbstverständlich die Müthigeren und Entschlosseneren dieser Klasse, welche sich in den Kampf stürzen. Dieselben, welche unter Umständen bereit wären, sich an die Spitze einer Arbeiterrevolution zu stellen, und es ist jetzt Gelegenheiten geboten, ihren Eifer in eine andere, weniger gefährliche Bahn zu lenken; man wird sie nicht zu früh zurückrufen wollen. Außerdem ist es natürlich auch ein Theil des nichtarbeitenden Proletariats, des Auswurfs der überfüllten Städte des Nordens, den man bei dieser Gelegenheit los zu werden sucht. Im Süden wie im Norden wird die Frage eine große Rolle spielen, welche Folgen, wenn ein zeitiger Friede geschlossen werden sollte, es für die gesellschaftlichen Zustände haben würde, die unruhigen Elemente der Bevölkerung militärisch organisiert und von unbefriedigter Kampflust erfüllt zurückzuerhalten. — N. A. K. B.

III. Deutschland.

✓ Karlsruhe, 29. Mai. (Unser letztes Wort an den „Korrespondenten des „Württembergischen Staatsanzeigers.“) Ueber die Anschuldigungen, welche neuerdings das englische Journal „Daily News“, beiläufig gesagt, ein Organ Lord John Russell's, in Betreff der Himmigung einiger deutschen Kabinette zu Rheinbunds-ideen vorträgt, hat der „Württembergische Staatsanzeiger“ sich lebhaft, und wir glauben mit gutem Recht ereifert. Es bezognete ihm dabei in der Hige des-Geflechtes, daß er für die von den Verleumdungen des englischen Blattes betroffenen mittelstaatlichen Regierungen das schöne Borrecht in Anspruch nahm, daß vorzugsweise ihre Bestrebungen, d. h. das Bestreben der mittelstaatlichen Regierungen vor andern darauf gerichtet gewesen sei und noch sei, auf bundesverfassungsmäßigem Wege Maßregeln und Einrichtungen ins Leben zu führen, die den engern Anschluß der deutschen Stämme unter sich, sowie die Unabhängigkeit und Machtherrlichkeit des Gesamtwaterlandes nach außen bezwecken.

Wir markiren den Unterschied des Sinnes dieses Wortlauts, wie er vorliegt, gegen eine andere Fassung, daß die Bestrebungen der mittelstaatlichen Regierungen vorzugsweise auf jene Ziele gerichtet wären. Dagegen hätten wir nichts zu erinnern gefunden.

In einem Artikel über die Würzburger Konferenzen verwarnten wir uns gegen dies Monopolisiren des Patriotismus zu Gunsten der Regierungen, die auf Herstellung der militärischen Trias hinarbeiten, und nahmen einen kleinen Theil ethischer, fester und müthiger Liebe zu einer vaterländischen Entwicklung auch für die andern in Anspruch, welche eine politische Einigung Deutschlands als Vorbedingung der Kraft nicht aufgegeben haben.

Dafür fällt der „Württembergische Staatsanzeiger“ in einer Weise über uns her, daß wir ihm gerne das Feld für den gewählten Ton der Polemik überlassen.

Auf die in den „Daily News“ enthaltenen Anschuldigungen waren wir abzüglich nicht eingegangen, und offen gekannt haben wir auch noch heute den Artikel nur aus dem Aufsehen, das er in deutschen Zeitungen erregt hat.

Der „Korrespondent des „Württembergischen Staatsan-

zeigers" erzählt über die Entstehung des fraglichen Artikels nun Folgendes:

„Eine bekannte Partei, welche es sich zur Aufgabe gemacht hat, die politische Existenz der Mittelstaaten zu untergraben und auf deren Trümmern, ohne im geringsten dabei die Gesinnungen, weder der Fürsten, noch der Volkstämme in Betracht zu ziehen, ihre Phantasiegebilde deutscher Einheit aufzurichten, hat sich kürzlich nicht gesäumt, in die auswärtige Presse ein Produkt der schmählichsten Verleumdungen niederzulegen, das zunächst die Männer treffen sollte, deren Handlungen ebenso, wie vor zwei Jahren, auch heute noch vom reinsten Patriotismus getragen werden, welcher damals durch die Art und Weise seiner Kundgebung nach gewisser Seite hin höchst unbecquem war, und jetzt mit eben so scharfen Augen angesehen wird, weil seine Anerkennung ungeachtet aller perfiden Ausbreitung von Thatsachen, die gerade das Gegentheil beweisen könnten, und aller Lügen, die man verbreitet, in Deutschland zu feste Wurzeln geschlagen hat. Man versuchte es deshalb, ein neues Lügengewebe in die englische und französische Presse zu tragen, während man in demselben Augenblicke den Opfern der Verleumdung verräterische Sympathien für das Ausland vorwirft.“

Nach diesen Aufschlüssen erklären wir uns ganz mit ihm und seiner heiligen Entrüstung einverstanden, und hoffen, daß er sich mit dieser unserer Versicherung zufrieden geben wird.

xx **Heidelberg**, 28. Mai. Der hiesige Schützenverein, welcher, obgleich erst vor kurzer Zeit in das Leben getreten, doch bereits gegen 80 Mitglieder zählt, feierte am letzten Samstag das Einweihungsfest seines neugebauten Schießhauses.

Der seitherige Direktor des hiesigen Stadttheaters, Hr. Friebe, hat seinen mit dem hiesigen Theaterkomitee abgeschlossenen Vertrag gekündigt, beziehungsweise aufgelöst. Nach seiner öffentlich gegebenen Erklärung wurde er durch die großen Verluste, welche er bei seiner zweijährigen Direktionstätigkeit daber erlitten, dazu genötigt. Dem Vernehmen nach hat er sich mit seiner Gesellschaft nach Kreuznach begeben. Zur Uebernahme der hiesigen Theaterdirektion sollen sich bereits vortheilhaft bekannte Theaterdirektoren gemeldet haben.

Mannheim, 27. Mai. (Sch. M.) Die Rheinisch-schiffahrtskommission, welche, von Basel kommend, am 6. Mai hier durchkam, hat nun ihre Inspektionsfahrt beendet. Es soll sich Manches ergeben haben, dessen Beseitigung oder Veränderung als nöthig erschien. Es wäre nur zu wünschen, daß hiedurch auch die Schiffahrt sich heben würde; aber dafür zeigt sich noch keine Aussicht, wenigstens zu Thal. — Wie für Baumwolle ist auf unserer Bahn von hier nach Basel auch die Fracht für Kasse herabgesetzt worden, und seitdem langen beträchtliche Mengen dieses Artikels hier an. Man hat schon geglaubt, diese Erscheinung sei eine Folge der Rhein Zoll-Ermäßigung. Wäre dies aber wirklich der Fall, so müßte sich dieselbe auch an andern Artikeln beobachten lassen. Sehr glaublich ist aber, daß, wenn die Frachten auf unserer Bahn nach Basel überhaupt herabgesetzt werden, diese Maßregel Leben auf dem Rhein bis hieher veranlassen wird. — Hofkapellmeister B. Bachner ist nun in kurzem 25 Jahre an unserer Bühne wirksam; wie ich höre, soll der betreffende Tag von Seiten des Theaters wie hiesiger Vereine festlich begangen werden, da Bachner allgemein hochgeschätzt ist.

— **Dinglingen**, 29. Mai. (Synodalwahl.) Zum weltlichen Abgeordneten wurde mit 40 gegen 6 Stimmen Hr. Geh. Referendar Diez, und als Ersatz mit 38 Stimmen Hr. Kaufmann Groß von Lahr gewählt. Die übrigen Stimmen fielen auf Hr. v. Böcklin von Ofenburg.

Konstanz, 27. Mai. Unter der Oberleitung des Hrn. Oberbau- und Gerwig wurden heute von den Hrn. Gebrüder Wendler die ersten zwei Bögen zu der künftigen Eisenbahnbrücke hier auf die Nothbrücke vorgeführt, und man ist jetzt damit beschäftigt, solche festlich über die Brücke wegzuschleppen, um sie auf die Steinpfeiler ungefähr 15 Fuß tief abzulassen. Bis jetzt ging Alles zur vollkommensten Zufriedenheit der Hrn. Ingenieure von Statten, was sowohl als Beweis guter und solider Konstruktion, als tüchtiger Ausführung gelten mag. Sobald die ersten zwei Bögen auf die Pfeiler verlegt sind, wird diesen sofort ein weiteres Paar folgen, das in der Werkstätte der Hrn. Wendler bereits vollendet ist, und dieser Tage zunächst aus derselben vorgeführt werden soll, um zum Aufstellen von weitem Bögen, deren es im Ganzen 6 Paar gibt, Raum zu geben.

München, 28. Mai. Die „Bes.“ theilt den Wortlaut des Schreibens mit, durch welches der bayerische Minister des Auswärtigen zu den Würzburger Konferenzen eingeladen hat: „Zum Zweck der Einleitungen für den Vollzug des Konventionenentwurfs glauben wir aber zunächst den Zusammentritt der in §. 10 desselben vorgesehene Konferenz von Generalstabs-Offizieren und Verpflegungsbeamten in Anregung bringen und als Ort des Zusammentritts am passendsten wieder Würzburg, als Zeit desselben etwa Mittwoch den 22. l. M. in Vorschlag bringen zu sollen. Gleichzeitig würde sodann nach §. 12 ebendasselbe die Bestimmung der Befehlshaber und die Zusammensetzung der Hauptquartiere und Generalstabe der vier Armeekorps (7., 8., 9. und 10.) zu geschähen haben, und endlich nach §. 6 „zur eventuellen Bezeichnung des Oberbefehlshabers der vereinigten Armeekorps“ zu schreiben sein, welcher letzterer wohl am tüchtigsten [süchtlichsten?] durch baldige gegenseitige Mittheilung der getroffenen Wahl zu bewerkstelligen sein dürfte.“ (Diese in Aussicht gestellte Abstimmung ist aber als aufgegeben anzusehen, weil Einspruch erhoben wurde und einige Staaten und Souveräne keine Wahl getroffen hatten. Am eifrigsten war Hannover für die Sache. Sachfen hielt sich zurück. Das Schreiben beweist zugleich, daß der von der Presse mit angegebene, von München aber dementirte Zweck der Zusammenkunft — Wahl eines Oberbefehlshabers — also doch richtig war.)

Der „Prager Jtg.“ geht folgende Mittheilung aus Sü-

deutschland vom 22. Mai zu: „Dem Vernehmen nach haben die Würzburger Regierungen die Absicht, am Bunde, unabhängig von den bereits schwebenden Verhandlungen über die Küstenverteidigung im Allgemeinen, mit einem Antrage hervorzutreten, welcher auf die schleunigste Aufstellung einer deutschen Kanonenboot-Flotille bringt.“

Kassel, 27. Mai. (Fr. J.) Der Aufenthalt des Kurfürsten zu Wilhelmshöhe wird nur von kurzer Dauer sein; er beabsichtigt, die übliche Frühjahrsparade abzuhalten und sich dann den 30. d. zurück nach Kissingen zu begeben. Zur Zeit der Eröffnung des Landtags wird er daher schwerlich hier anwesend sein. Die Vorbereitungen zu dieser Eröffnung sollen bereits getroffen sein. Die Regierung kann sich unmöglich großen Erwartungen hingeben; so weit sich dies bis jetzt beurtheilen läßt, ist die Anzahl ihrer Anhänger auf drei gesunken, und die Inkompetenzklärung kaum zweifelhaft. Landtagskommissäre sind wiederum die Hrn. v. Dehn-Rothselder und Spöhr; eine neue Bestellung derselben erfolgt nicht, weil man annimmt, daß, da die Erste Kammer nur vertagt sei, die Landtagsperiode, welche am 12. Nov. v. J. begann, auch trotz der Auflösung der Zweiten Kammer noch laufe. — In Hersfeld wurde Hr. Kaufmann Sunfel, der vorige Abgeordnete, unter Rechtsverwahrung wieder gewählt.

Hannover, 27. Mai. Die „N. Hannov. Jtg.“ enthält heute ein 6 bis 7 Spalten umfassendes Verzeichniß von Orden und Verleihungen, militärischen Beförderungen und Auszeichnungen verschiedener Art, welche der König bei Gelegenheit seines heutigen 43. Geburtstages verliehen hat.

C.S. Berlin, 28. Mai. In heutiger Sitzung des Abgeordnetenhauses wurde nach siebenstündiger Debatte die Generaldiskussion über die Militärvorlagen beendet. Im Ganzen hielt sich die Debatte auf einer Höhe, die wohlthuend einwirkte. Trotz der auseinandergehenden Meinungen waren alle Reden von feurigem Patriotismus durchweht. Eine Abend Sitzung fiel wegen eines außerordentlichen Grundes aus. Auch morgen werden die Beratungen nicht beendet sein. Vorläufig glauben wir noch folgenden Zwischenfall aus der Sitzung besonders hervorheben zu müssen. Der Abg. Wagener (Stifter und langjähriger Redakteur der „Kreuzzeitung“) bemerkte, daß, wenn das Ordinarium nicht bewilligt wird, er Alles verweigern werde. Die Folgen davon werde er und seine Freunde tragen. (Heiterkeit links.) Es sei ihm und seinen Freunden schon vorgekommen, daß sie mit der Fraktion Behrend gestimmt haben; aber letztere lagen die Wahrheit mit ihrem Votum (Dyo!), sie stimmten ihren Prinzipien gemäß und sie fragen ihre Ansicht nicht, sondern sagen: Das Geld muß bewilligt werden. Der Ausdruck „oberster Kriegsherr“ ist dunkel, ich kenne nur den König. Wir wollen uns nicht bange machen lassen; Sie warnen vor dem Umsturz; der Umsturz wird von Ihnen kommen, wenn er kommt. Der Finanzminister ist mit der Motivierung der Ansichten des Redners einverstanden, bedauert aber, daß die Konklusion eine andere ist. Der Regierung ist die Unterstügung des Hrn. Wagener erwünscht; sie verwarft sich aber gegen die Anschauungen desselben. Sie wahr die Rechte der Krone und des obersten Kriegsherrn, aber sie wahr auch die Achtung vor dem Hause. Die Regierung weiß Staatsstreiche von der Hand, sie wird die Lösung der Frage nicht neben der Fassung, sondern in der Verfassung suchen. Das ganze Land hat ein Bestreben: die Ehre und Würde der Krone und des Landes zu wahren. (Bravo!)

Gotha, 26. Mai. Die hiesige Zeitung ist in der Lage, den von unserm Herzoge an den Ausschuss für das deutsche Schützenfest, als Antwort auf die Eingabe desselben, gerichteten schriftlichen Erlaß seinem ganzem Inhalte nach, wie folgt, mittheilen zu können:

Der Ausschuss für das deutsche Schützen- und Thüringer Turnfest hat mir die schmeichelhafte Bitte ausgesprochen, sein Ehrenpräsidium übernehmen zu wollen. Mit um so größerer Bereitwilligkeit komme ich diesem Wunsche entgegen, als der leitende Gedanke zu dem endlich ausführbar gewordenen Feste vor Jahren von mir selbst ausging und ich mit allen guten Patrioten freudig eine Zeit begrüße, in welcher unser deutsches Volk jeden Anlaß zur Kundgebung seines Nationalgefühls mit Jubel ergreift und sich im Streben nach erhöhter Kraft des Vaterlandes gern weitesterns aus allen Gauen zusammenfindet. Das Gefühl für Mannhaftigkeit des Einzelnen und das Verlangen nach Wehrhaftigkeit des ganzen Volkes durchbringt jetzt die Gesamtheit. Lassen Sie uns daher unser Fest in dem Sinne ordnen, daß es diesem Gefühle seinen wahren Ausdruck verleiht! Koburg, am 24. Mai 1861. E. r. st.

* **Wien**, 27. Mai. In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses kam der von dem Bischof Litwinowicz eingebrachte Antrag, die Diäten der Abgeordneten betreffend, zur Verhandlung. Die Debatte bot Nichts von prinzipieller Bedeutung, mit Ausnahme etwa der Bemerkung Smolka's (der heute zum ersten Male sprach), daß nach seiner Ansicht das Haus in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung nicht über den Antrag — als über eine Belastung des Staatshaushaltes — beschließen könne, wenn es auch unstrittig das Recht zur Verabreichung seiner innern Angelegenheiten habe. Schließlich wurde der Antrag nach folgender Fassung der Kommission angenommen:

- 1) Sämmtliche Mitglieder des Abgeordnetenhauses des Reichsraths erhalten ein Tagegeld von zehn Gulden ö. W., und zwar für die Zeit ihrer Anwesenheit beim Reichsrathe.
- 2) Außerdem erhalten die Abgeordneten eine Reisefosten-Entscheidung von einem Gulden ö. W. für jede Meile der Entfernung des Sitzes ihres Landtages von Wien, und zwar sowohl für die Hieher- als auch für die Rückreise.
- 3) Diese Tagegelder, sowie die Reisefosten-Entscheidungsbeiträge werden aus demjenigen Fond bezahlt, aus welchem die sämmtlichen Auslagen für die Reichsvertretung bestritten werden.
- 4) Kein Mitglied des Abgeordnetenhauses darf auf deren Bezug verzichten.

Der „Süd. Post“ zufolge soll an das Ministerium in der nächsten Sitzung eine Interpellation betreffs der Regelung der Erbfolge gerichtet werden. Ebenso steht ein Antrag auf

Abschaffung des Zeitungsstempels und der Insertionssteuer in Aussicht.

Jmsbruck, 26. Mai. (Südb. Jtg.) So eben verbreitet sich das Gerücht, welches von mancher Seite als glaubwürdig bezeichnet wird: Graf Rechberg habe unsere Protestantensfrage vor den deutschen Bundestag gebracht, indem er sich eine offizielle Auslegung des §. XVI. erbat, mit dem Besage, daß, wenn dieser Paragraph als für ganz Deutschland gültig überall in Deutschland zur Anwendung komme, ihm Oesterreich auch in Tyrol Geltung verschaffen werde; im entgegengelegten Falle wolle man für diese Provinz eine Ausnahme machen. Das wäre allerdings ein ganz guter Ausweg, sich loszuwickeln; rühmlicher erschiene es jedoch, ihn nicht zu suchen, sondern die Sache frei und offen abzutun, wie es das Patent auspricht.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 27. Mai. Landtags-Sitzung. Kazinezy hielt für die Adresse eine Rede von Bedeutung. Graf Szechenyi illustrierte die egoistische Politik Frankreichs, der das Nationalitätsprinzip bloß als Waffe gegen andere Staaten diene. Sonst bot die Sitzung nichts Bemerkenswerthes.

„Sürgöny“ dementirt die jüngsten Angaben des „Fortschritt“ über die Stellung der Hofkanzlei zu dem angeblich beabsichtigten Provisorium.

Wien, 28. Mai. (Fr. Bl.) In der heutigen Sitzung des Landtags befragte Anton Zichy energisch einen friedlichen Ausgleich mit Oesterreich. Der herrschende Pessimismus, sagte er, erschwere am meisten eine glückliche Lösung. Das Oesterreichdiplom sei zwar nicht die ungarische Verfassung, aber für Länder jenseits der Leitha bilde es einen Uebergang zum konstitutionellen Leben. Es sei nicht einzusehen, warum man die Absicht des Kaisers, konstitutionell zu regieren, bezweifeln wolle.

Frankreich.

* **Paris**, 28. Mai. Der Kaiser ist heute zur Besichtigung der Wasserbauten an der unteren Seine abgereist. — Nachträglich erfährt man, daß dem Verleger und Drucker der Annale'schen Broschüre, den Hrn. Beau und Duminey, die Geschäftskonzession entzogen worden ist. Das „Pays“ verteidigt diese Maßregel auf Grund des Gesetzes vom 20. Okt. 1814, wornach eine einzige zuchtpolizeiliche Beurtheilung zur Zurücknahme dieser Konzession genüge; Hr. Beau sei aber schon fünfmal und Hr. Duminey zweimal verurtheilt worden. — Der Prinz Napoleon und seine Gemahlin gehen Ende dieses Monats nach Marseille, von wo sie einen drei- bis viermonatlichen Ausflug nach Algerien und der spanischen und portugiesischen Küste machen werden. Der Privatsekretär des Prinzen Napoleon hat aus Anlaß der Journaldebatte über die Freimaurergeschichte ein Schreiben an die „Patrie“ gerichtet, worin es heißt, der Prinz sei von den Beweisen der bei dieser Gelegenheit für ihn an den Tag gelegten Sympathien sehr gerührt gewesen; er wünsche jedoch, daß sein Name fortan in diese Diskussion nicht mehr eingemischt werde. — General Montauban sollte am 15. April von Shanghai die Rückreise nach Frankreich antreten. — Dem Gesetze über die Körper wird morgen der Gesetzesentwurf über das Pressegesetz und die Telegraphenreform vorgelegt. — Die offiziösen Blätter dementiren als vollkommen unbegründet eine baldige Reise des Hrn. Cayot nach Paris. — Nach einer Depesche aus Beyrut vom 21. Mai hätte der Bey Djemilad, der bekannte Dusenhäuptling, kurz vor seinem im Gefängniß erfolgten Tod seiner Familie und seinen Freunden anempfohlen, sich der Politik Frankreichs, der einzigen, die das Glüd seines Landes bewirken könne, anzuschließen. — 3proz. 69.15. Okt 573.75.

Großbritannien.

London, 29. Mai. (Sch. M.) In der gestrigen Sitzung des Unterhauses legte Lord J. Russell die Korrespondenz mit der Bundesregierung von Nordamerika über die Trennung der Südstaaten vor. England, sagte er, müsse die Blokade der südlichen Häfen, wenn sie den internationalen Gesetzen konform sei, anerkennen.

Rußland und Polen.

St. Petersburg, 28. Mai. Der Volksaufklärungsminister Kowalewski erlegt Admiral Panutin. Der Statthalter von Polen, Fürst Gortschakoff, ist gefährlich krank, und es geht das Gerücht, der Kriegsminister Soukhozanett sei als dessen Stellvertreter nach Warschau beordert.

Amerika.

Neu-York, 18. Mai. (Sch. M.) Die Gesetzgebung von Massachusetts votirte 3 Millionen für den Krieg. Maryland erklärte sich entschlossen, die Union zu verteidigen. Von Seite der Südstaaten wird ein Angriff in großem Maßstabe erwartet. Präsident Davis führt selbst den Oberbefehl.

Bermischte Nachrichten.

— **Nürnberg**, 26. Mai. (N. N.) Herzog Ernst von Koburg hat zum deutschen Sängerkorps eine Komposition von ihm, einen Chor „An die deutsche Tricolore“, eingesendet. Das Gedicht ist von dem herzogl. Kabinetstath Hrn. v. Meyern.

Die laut Karlsruher Zeitung Nr. 125 bei uns eingegangenen 200 Fr. haben wir unterm heutigen an das Bankhaus S. Müller u. Conj. dahier zur Weiterpedition abgeliefert.

Karlsruhe, den 29. Mai 1861.

Expedition der Karlsruher Zeitung.

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. J. Fern. Kroenlein.

Großherzogliches Hoftheater.

Donnerstag, 30. Mai. Mit allgemeinem aufgehobenem Abonnement. Zum Vortheil der Pensionsanstalt der großh. Hofbühne. Zum ersten Male: **Katharina Cornaro**; große tragische Oper in 4 Akten, von Franz Lachner. Letzte Vorstellung vor den Ferien.

